

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Bestellungen, die nicht in allen Provinzen erhältlich sind

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (bei Post 2 RM) (Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Al. / Ostbahnhofstr. u. Expedition Ostbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690, Dresdener Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Al., Ostbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gepollte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklamsäule einschließlich an den befristeten Teil einer Zeitschrift 1,50 RM, Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Al., Ostbahnhofstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Überlegung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dienstag, den 4. Oktober 1927

Nummer 232

## Kampf der Klassenjustiz

Der Angriff der Niednerjustiz auf die KPD / Heute Beginn des Zentrale-Prozesses  
Die Angeklagten werden nicht erscheinen / Her mit der Generalamnestie

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Heute beginnt vor dem Niednertribunal der Prozess gegen die Zentrale der KPD wegen Vorbereitung zum Hochverrat. Angeklagt sind die Genossen Koenen, Stöcker, Kemmerle, Hönke, Hecker, Pfeiffer, Oberlein, Vinbau und Schumann. Die ersten Neben sind Abgeordnete. Die Anklage stützt sich auf Vorgänge des Jahres 1923. Der Prozess war schon zweimal vertagt, auch jetzt hatte der Reichstag beschlossen, daß der Prozess in den Sommerferien stattfinden sollte. Trotzdem legt der Niednertribunal die Verhandlung jetzt an. Die Reichstagsfraktion hat einen Antrag auf Einsetzung des Verfahrens angeklagt. Der Prozess soll drei bis vier Monate dauern. Neben dem Präsidenten Niedner werden als Richter die Reichsgerichtsräte Dr. Drücker, Heubold, Schreiger und Coenders tätig sein.

Die Zentrale der KPD hat beschlossen, daß sich die Angeklagten dem Niednergericht nicht stellen sollen. Die Anklagen im Kampf gegen die Klassenjustiz und für die Generalamnestie sollen verstärkt werden.

Trotz des eindeutigen Beschlusses des Reichstages setzt der Niednertribunal diesen Prozess zwei Tage nach dem Hindenburgsummit an. So ist klar, die Klassenjustiz will mit der Führung dieses Prozesses die imperialistischen Vorbereitungen der Bourgeoisie, die Unterdrückung der revolutionären Arbeiter unterstützen.

Die Zentrale der KPD erläßt zu ihrem Beschluß folgenden

### Aufruf:

Das Zentralkomitee der KPD beschließt: Die angeklagten Genossen werden vor dem Niednergericht nicht erscheinen.

Unbeschränkt herrscht in Deutschland das Großkapital, die Bürgerblock-Regierung, beauftragt von den Junkern, Schlotbaronen und Bankiers, und führt auf allen Gebieten konsequent einen Kampf gegen die werktätigen Massen. Durch Zoll- und Steuerwucher, durch Schuß der Preistreiber und des Truistkapitals wird die Offensive gegen die Arbeiterklasse geführt. Die Versuche der Arbeiterklasse, durch Lohnkämpfe sich zur Wehr zu setzen, werden durch die Verbindlichkeitsklärung der Schiedsprüche abgewürgt. Verbunden damit ist der Abbau der sozialen Fürsorge, die fortschreitende Verelendung der Erwerbslosen und Sozialrentner. Mit der wirtschaftlichen und sozialen Reaktion geht Hand in Hand die politische Reaktion. Durch eine ungeheure Rechtsprechung soll die Kampfkraft der Gewerkschaften gelähmt werden. Vor allem aber richtet sich diese politische Reaktion gegen die Führerin der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf, gegen die kommunistische Partei und gegen alle Organisationen, die den revolutionären Kampf des Proletariats unterstützen. Immer brutaler werden die Verfolgungen der kommunistischen Presse.

Diese Reaktion auf allen Gebieten erhält ihren härtesten Einfluß durch den Willen der deutschen Bourgeoisie zu imperialistischen Vorbereitungen. Diese aktiven Vorbereitungen zeigen, daß die deutsche Bourgeoisie in kommenden imperialistischen Konflikten eine aktive Rolle spielen wird. Es wird immer klarer, daß das Kapital in Deutschland die imperialistische Front gegen Sowjetrußland vereinigt. Um aber diese imperialistische Politik verwirklichen zu können, braucht die deutsche Bourgeoisie

die Knebelung der deutschen Arbeiterklasse,

die Abwürgung des revolutionären Widerstandes gegen die Kriegsvorbereitungen. Die Justiz der Hindenburg-Republik will diesen Kampf gegen die Arbeiterklasse hauptsächlich betreiben. Die Klassenjustiz der deutschen Kapitalistenrepublik hat schon sehr frühzeitig ihre demokratische Maske fallen lassen und auch sich nicht um Recht und Gerechtigkeit gekümmert. Ungeheure Terrorurteile gegen die, die es wagten, den Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zu führen, wurden gefällt. Unter dem Regime der Bürgerblock-Regierung und ihrer Justiz wurde dieser Terror aber noch verstärkt. Wir erinnern an das Stuttgarter Urteil, wo 44 Jahre Zuchthaus verhängt wurden. Wir erinnern an die Verurteilungen der kommunistischen Redakteure und Schriftsteller, an die Urteile, die gegen kommunistische Buchhändler und Buchdrucker, die revolutionäre Literatur vertauschten oder druckten, verhängt worden sind. Die Schamlosigkeit der Klassenjustiz erregte nicht nur unter der Arbeiterklasse, sondern auch in allen anderen Teilen des Volkes Abscheu und Empörung. Jetzt, mitten in dem schwarz-weiß-roten Hindenburg-Kummel, holt die Klassenjustiz zu einem neuen Schlage gegen die Arbeiterklasse aus. Das Niednergericht will heute, am 4. Oktober, den Prozess gegen die Zentrale der kommunistischen Partei beginnen. Es ist das erste Mal in der deutschen Geschichte, daß die Leitung einer Massenpartei, die in allen Parlamenten vertreten ist, vor das Gericht gezogen wird. Die menten vertreten ist, vor das Gericht gezogen wird. Die vollstänigen Vorgänge, die diesem Prozess zugrunde gelegt sind, liegen bis zum Jahre 1923 zurück, sie werden aber jetzt hervorgeholt, um der einzigen Führerin der Arbeiterklasse in ihrem Befreiungskampf, der kommunistischen

Partei, einen Schlag zu verfehlen. Während in dem Prozess gegen Ludendorff u. a. i. K. 1923 den sozialistischen Angeklagten ein Hochverratsverfahren nicht angehängt wurde, während die tatsächlichen Justizhelfer freigesprochen oder zu leichten Festungstrafen verurteilt wurden, sind tausende revolutionärer Kämpfer, die für die Interessen der Arbeiterklasse eintreten, ins Zuchthaus geworfen oder menschenwürdig ermordet worden. Jahrelange Vorbereitungen zu dem Prozess gegen die Zentrale der KPD waren notwendig. Unter Mitwirkung solcher Richter wie Jürgen es entstand die Anklageschrift, wozu selbst der Oberreichsanwalt abzurufen mußte. Die Lügen der Belastungszeugen, mit denen der politische Prozess geführt wird, zeigen eindeutig die Absicht, allen bisherigen Prozessen die Krone aufzusetzen. Die Arbeiterklasse hat längst erkannt, daß das bürgerliche Gericht niemals Recht sprechen kann. Der Staatsgerichtshof und dieser Straßent des Reichsgerichts haben ein Instrument geschaffen, das brutal die Massenbewegung des Proletariats und ihre Träger treffen soll. Es sei nur erinnert an die ungleichlichen Vorurteile in dem Tschekaprozess, an die Beschränkung der Verteidigung, an die polizeiliche Entfernung der Verteidigung, an die Ablehnung aller Beweisanträge der Verteidigung von Entlastungszeugen. Alle die mit diesen Methoden 1923 gegen die Kommunisten durchgeführten Prozesse sollen in diesem Prozess gegen die Zentrale als Material für unerhörte Zuchthausurteile benutzt werden.

14 Zentner Akten sind zusammengetragen worden.

In keinem Eifer pfeift das Reichsgericht auf die Beschlüsse des Reichstages. Der Reichstag hat zwar die Genehmigung zur Verfolgung der Angeklagten erteilt. Klar und eindeutig hat er aber verlangt, daß die Verhandlungen nur während der Sitzungsfreien Sommermonate stattfinden. Jetzt sind die Reichstagsausschüsse seit Mitte September in voller Tätigkeit. Herr Niedner durchbricht die Beschlüsse des Reichstages. Den Klassenrichtern muß aber bewiesen werden, daß es noch andere Kräfte in Deutschland gibt. Deshalb hat das Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschlossen, die angeklagten Genossen aufzufordern, vor diesem Niednergericht heute nicht zu erscheinen. Die Arbeiterklasse fordern wir auf, den Kampf gegen die Klassenjustiz zu verstärken, für die Generalamnestie aller proletarischen politischen Gefangenen, gegen Krieg und Kriegsverkehr, gegen den Bürgerblock, für die Regierung der Arbeiter und Bauern. Für die internationale Einheit der Klassenfront!

Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands.  
Sektion der kommunistischen Internationale.

### Buchruder begnadigt

Berlin, 4. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

In der Liste der 75 vom Reichspräsidenten begnadigten Verurteilten befindet sich auch der frühere Major Ernst Buchruder, der am 1. Oktober 1923 den verurteilten Kämpfer Putsch mit der Schwarzen Reichswehr unternommen hat und deshalb wegen Hochverrats zu 10 Jahren Festungstrafe verurteilt war.

### Roter Pressetag

Der Rote Pressetag, den Verlag und Redaktion der Arbeiterstimme am 16. Oktober in der Reichshalle veranstalten, soll die Leser vertrauter mit ihrer Zeitung machen. Der Rote Pressetag ist ein Schritt auf dem Wege, die ostfälische Parteipresse zu einer wirklichen Stimme der Unterdrückten zu gestalten. Jeder soll Mitarbeiter an der Arbeiterstimme sein. Gleichzeitig will der Rote Pressetag den Wert der Zeitung für die Arbeiterklasse zeigen. Dann aber sollen die roten Pressetage, von denen der erste am 16. Oktober ein Anfang ist, die Leser und Sympathisierenden der kommunistischen Presse zu einer festen Kameradschaft in Freud und Leid zusammenführen. Deswegen haben die Veranstalter nicht nur ein ernstes politisches, sondern auch ein künstlerisches Programm aufgestellt. Musikalische, sportliche und gesangliche Darbietungen sollen den Rahmen der eigentlichen Aufgabe abgeben.

Wir erwarten den Massenbesuch unserer Leser und Leserinnen. Wir erwarten, daß auch die proletarische Hausfrau es fertig bringen wird, sich einige Stunden am Sonntag dem 16. Oktober, auch in der Vormittagszeit, freizumachen, um unsere Veranstaltung aufzusuchen.

Der Eintrittspreis zu dieser reichhaltigen kurzen Veranstaltung beträgt 50 Pfennig, für Erwerbslose 20 Pfennig. Karten sind zu haben in der Arbeiter-Buchhandlung, Witzschstraße, in unserer Geschäftsstelle, Ostbahnhofstr. 2, bei unseren Austrägern und bei den Funktionären der Stadtgebiete.

### Ein republikanisches Fest

Berlin, 3. Oktober.

rg. Vorgesetern hat Herr v. Hindenburg-Benedendorff, kaiserlicher Generalleutnant a. D., derzeit Präsident der deutschen Republik, seinen achtzigsten Geburtstag gefeiert. Linksbürgerliche Blätter, z. B. der Montag Morgen, empören sich heute über den Charakter, den diese Feiertag trug — was sei das für eine eigenartige Republik, deren Präsident so gefeiert wird! Aber dieselben Blätter haben sich vor 14 Tagen reichlich entrüstet, als Herr Hindenburg seine berühmte Tannenbergrebe hielt, haben verlacht, das offizielle Deutschland auszuspielen, haben gegen den bösen, kriegerischen Hindenburg an den brauen, passifistischen Stresemann appelliert. Und das Ergebnis damals? Herr Stresemann erklärte feierlich und eindeutig, daß er selbstverständlich mit Hindenburg vollkommen einverstanden sei, und unterstrich damit nur, was jeder vernünftige Mensch sich an den Fingern herabzählen konnte: daß nämlich die heutige Politik des deutschen Imperialismus zwei Seiten hat: eine fabelhafte, drohende und fordernde — und eine „passifistische“, völkerverhüllende, die zu der ersteren die nötige Mastierung liefert. Beide unterscheiden sich in ihrer Ausdruckswelt, nicht aber in ihrer Linie — sie gehören zusammen und können nur gemeinsam ihre Funktion erfüllen.

Was sich im Anschluß an die Tannenbergrebe außenpolitisch, nur verstreut aus der Schreibweise der Presse, hervorleuchtend abspielte, — das konnte man gestern auf den Straßen von Berlin sehen. Nach außen war es wirklich wie eine Wieder- auferweckung der „guten, alten Zeit“: Paradeuniformen, schwarzglänzende Zylinder über den allerhöchsten Gruß begrüßter Kleinbürger, Studenten in Wichoreinen, Vereine und nochmals Vereine mit allen möglichen Fahnen. Und auch die Schallminder traten wieder — zum ersten Male seit dem seligen Wilhelms Zeiten — als „politischer Faktor“, d. h. als bestimmende, zum Hurrastücken gedrückte, „Kimmung“-gebende Masse auf. Die Kleinbürgerlichen Frauen hatten nicht lo unrecht, von denen man mehrmals den Ausdruck hören konnte: „beinahe lo, wie bei Kaisers Geburtstag!“ Und welche Augen sah bei diesem Anblick erquollte, der mochte sich auch über die akustischen Eindrücke des Tages zu freuen: an allen Ecken erlangen die alten Militär- märsche, nationalistische Kleinbürger jubelten der „Wacht am Rhein“ und dem Hohenzollerner zu. Zu alledem die alten Kriegsfahnen, die schwarz-weiß-rote Standarten — nur ein neuer Ton führte das altbekannte Bild: die schwarz-rot-goldene Ausschmückung der Straßen und der öffentlichen Gebäude durch die Berliner Gemeindeverwaltung. Aber sie fügte sich glänzend in den Rahmen dieses nationalistischen Volksfestes ein.

Das war der erste Eindruck für den, der sich nur oberflächlich umfah. Er konnte den linksbürgerlichen Reportieren dies- und jenseits des Rheines recht geben, die einfach von der Wieder- auferweckung des wilhelminischen Deutschlands reden. Aber näher betrachtet, sah es anders aus. Die Kundgebung auf der Straße war schwarz-weiß-rot, gewiß. Aber was für Leute waren da? Massenhaft Kriegervereiner, aus der Provinz zusammengezogene Kleinrentnerhonoratioren (es gibt solche Typen auch in Berlin genug) mit ordnenbehängter Brust, und — das wichtigste (man fand ihn selbst bei Leuten mit recht vernünftiger Kleidung) — auch Glanz gebügelten Zylinderhut.

Dann gelbe Gewerkschaftler in recht erbärmlicher Zahl: ein paar Handlungsgehilfen (vielleicht der letzte Teil der im gelben Handlungsgehilfenverband erfassten „Mitglieder“) einige höhere Eisenbahnbeamte, dann noch typische Pinkertongestalten. Die Technische Nothilfe, die Schöpfung des seligen Ebert, mußte natürlich seinem Nachfolger Spalier stehen — glorreich war der Anblick dieser aufgeschulerten Lumpenproletariat nicht. Dann die politischen Parteien: von den Demokraten waren trotz ausgegebener Parole „den Reichspräsidenten unter der schwarz-rot-goldenen Fahne zu ehren und so einen monarchistischen Mißbrauch der Feiertag zu verhindern“, nur einige hundert Mann erschienen, von der Volkspartei nicht viel mehr — meist bürgerliche Typen, höhere Angestellte, Intellektuelle und dergleichen. Wirklich stark war nur die Aufstellung der Deutschnationalen: fast durchgehend Kleinbürgerliche Gestalten, meist Frauen mit abgerundeten mäden Gesichtszügen. Wenig entlegene Kleinrentnerinnen mögen darunter gemischt sein, die täglich 14 Stunden für einen Stückmeister schufteten, weil die Auftraggeber des Herrn Hindenburg sie enteignet haben? Aber gerade bei den vereinfachten Kleinbürgerlichen war die Begeisterung am stärksten — und nur in den Stadtvierteln, wo sie vorherrschen, z. B. Teile von Moabit und Schöneberg, war die Häuserbeflagung erdrückend schwarz-weiß-rot. Und endlich die tatsächlichen „Wehrverbände“. Der Jungbo mit einigen hundert blutigen Kurzen, die den Krieg als Schulkinder miterlebt haben und das ganze offensichtlich als Parade auffassen, bei dem sie mit ihren Uniformen glänzen können. Einige Werwölfer, letzte Reste der Hochblüte des deutschen Faschismus, typische Despa- zadogestalten, die ihre Hoffnungen auf ein „großes Kleine“